

18

# Für Wien

12 Monate - 12 Erfolge

**Impressum:**

Herausgeber: Wirtschaftskammer Wien | Straße der Wiener Wirtschaft 1 | 1020 Wien | Stand: Jänner 2019

Für den Inhalt verantwortlich: Direktor-Stellvertreter Dr. Alexander Biach | Grafik: Marketing

Copyright: Seite 4, 8, 10, 15 : Florian Wieser, Seite 5: [shutterstock.com/Dmitrijs Kaminskis](https://www.shutterstock.com/Dmitrijs_Kaminskis), Seite 9: ÖBB, Seite 11: WKW, Seite 12: [shutterstock.com/r.classen](https://www.shutterstock.com/r.classen)

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde bei den verwendeten Begriffen, Bezeichnungen und Funktionstiteln zum Teil auf eine geschlechtsspezifische Bezeichnung verzichtet. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.



1

**Zukunftsvereinbarung**  
mit der Stadt Wien



2

**Standortanwalt**

Infrastrukturprojekte beschleunigen  
(Standortentwicklungsgesetz, UVP)  
Standortanwalt in WKW angesiedelt

7

**Breitspurbahn bis Wien**

Verankerung in Regierungsprogramm  
und Ministerrat, Einleitung strategische  
Prüfung - Verkehr

3

**Neuer Börsemarkt** zur Kapital-  
aufnahme für Klein- & Mittelbetriebe

8

**Neuer Fernbusterminal**  
für Wien

4

**Erhalt der Selbstverwaltung**  
in der Sozialversicherung-  
keine Verstaatlichung

9

**Neue Eventhalle**  
für Wien

5

**Anrainerparkzonen** für  
Wirtschaftsverkehr geöffnet

10

**Antragslose ESt-Veranlagung**  
für EPU

6

**Seidenstrasse**

Kooperationsabkommen der WKW mit  
China und Kasachstan abgeschlossen

11

**3. Piste** für Flughafen Wien

12

Wiener **Sozialpartner**  
**Vereinbarung** zur Digitalisierung

# ZUKUNFTSVEREINBARUNG MIT DER STADT WIEN

Damit Wien auch in Zukunft ein erfolgreicher Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort bleibt, haben Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien ein gemeinsames Arbeitsprogramm erarbeitet. Bürgermeister Michael Ludwig und Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, haben im Juli diese „Zukunftsvereinbarung“ unterzeichnet. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören Verwaltungsvereinfachungen für Unternehmen, die Ausbildung von Fachkräften sowie der Infrastrukturausbau in der stark wachsenden Stadt, wie auch eine Internationalisierungs-Offensive.

Die „Zukunftsvereinbarung“ ist in vier große Kapitel unterteilt:

#### **Verfahrensvereinfachung und Deregulierung:**

Um die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft zu verbessern, sollen E-Government-Anwendungen ausgebaut und Anzeigeverfahren ausgeweitet werden. Ziel ist unter anderem, Betriebsanlagengenehmigungen schneller abzuwickeln.

**Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und die Förderung von Entrepreneurship:** Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien sind unter anderem übereingekommen, dass die Berufsorientierung der Schüler verbessert, die betriebliche Lehre forciert und das Image der Lehre aufgewertet wird. Die Möglichkeit „Lehre mit und nach Matura“ soll verstärkt unterstützt werden. Ambitioniertes Ziel

bis ins Jahr 2025 ist, zusätzlich 1.000 Lehrstellen in Wiener Betrieben zu besetzen. So soll der Fachkräftemangel wirkungsvoll bekämpft werden.

#### **Ausbau der Infrastruktur und Gestaltung des Öffentlichen Raums**

ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil der „Zukunftsvereinbarung“. Wien soll weiterhin eine Stadt der kurzen Wege bleiben. Schnell- und U-Bahnen sollen ausgebaut und die Drehkreuz-Funktion des Standortes mit dem Ausbau hochrangiger Verkehrsinfrastruktur wie der sechsten Donauquerung oder dem Flughafen sichergestellt werden. Ein gemeinsames Commitment gibt es auch zum Seidenstraßenprojekt und zur Verlängerung der Breitspurbahn bis in die Ostregion Österreichs. In puncto Eventlocation wird ebenfalls ein gemeinsamer Kurs eingeschlagen: Zusätzlich zur bestehenden guten Infrastruktur, werden neue Projekte – wie eine von der Wirtschaftskammer Wien schon länger geforderte moderne Eventhalle – eingehend geprüft.

#### **Um den Wirtschafts- und Innovationsstandort Wien international zu stärken,**

sind gemeinsame Auslandsaktivitäten geplant. Gerade im Life Sciences Bereich ist Wiener Know how weltweit gefragt. Durch Wirtschaftsmissionen der Stadt und Wirtschaftskammer Wien sollen innovative IT-Lösungen, neue Technologien in den Bereichen Smart City und Bio-Technology wie auch ein moderner Gesundheitstourismus im Ausland attraktiviert werden.



## STANDORTANWALT

Im Herbst 2016 hat die WK Wien erstmals die Idee der Standortwaltschaft präsentiert. Die Rolle des Standortanwaltes sollte es sein, den Nutzen von Projekten öffentlich und vor Gericht zu vertreten. Konkreter Hintergrund war der jahrelange Aufschub bei wichtigen Infrastrukturprojekten in der Ostregion wie etwa beim Lobautunnel oder beim Projekt Dritte Piste am Flughafen Wien.

Mit der Standortwaltschaft forderte die WK Wien ein Instrument, das öffentliche Interessen wie Energieversorgung, Arbeitsplatzsicherung oder Steueraufkommen und die Interessen der Wirtschaft in Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen besser zur Geltung kommen lässt. Nach Vorstellung der WK Wien sollte die Standortwaltschaft in der Wirtschaftskammerorganisation verankert werden.

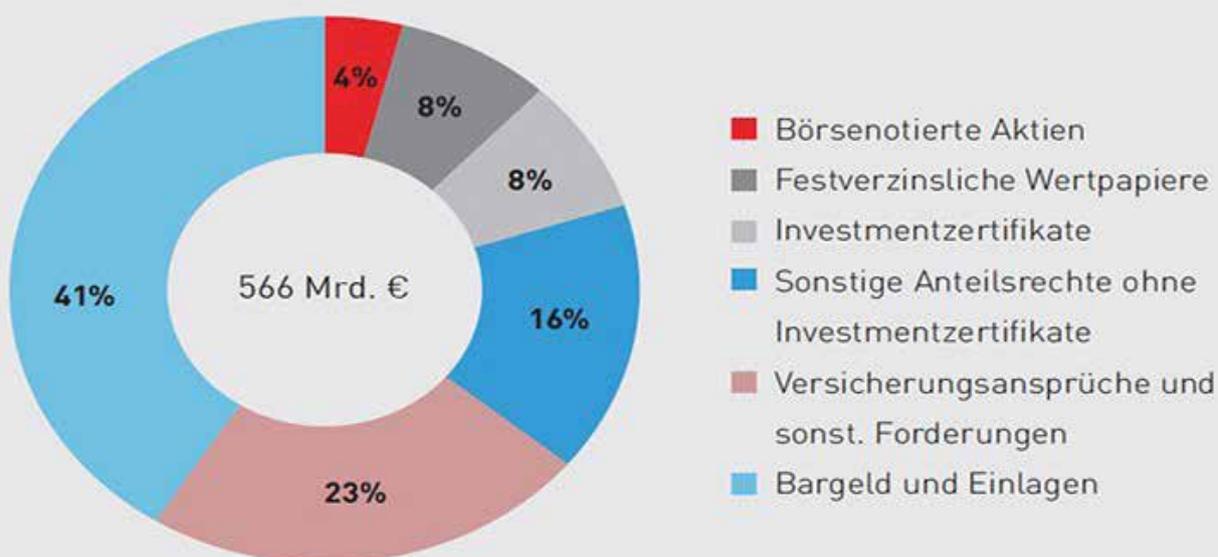
Mit den Novellen zum UVP-Gesetz und zum Wirtschaftskammergesetz, die die Länderkammern mit der Standortwaltschaft betraut, wurde dieses Ziel nun erreicht. Damit bekommt die Wirtschaftskammerorganisation eine neue wichtige Funktion und mehr Gewicht bei der positiven Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes.



# NEUER BÖRSEMARKT ZUR KAPITALAUFNAHME FÜR KMU

## Wie veranlagen private Haushalte?

Die beliebteste Sparform der österreichischen Haushalte ist nach wie vor die Spareinlage.



Der Zugang zu frischen Finanzmitteln ist gerade für Klein- und Mittelbetriebe ein essentieller Baustein für Wachstum und langfristige Unternehmensplanung. Um es auch diesen Unternehmen zu ermöglichen, an der Wiener Börse frisches Kapital aufzunehmen, setzte sich die WKW für die Öffnung des direct markets ein.

Am 21. Jänner 2019 öffnet die Wiener Börse zusätzlich zu den bestehenden Segmenten „prime market“, „standard“ und „global market“ den

„direct market“ und „direct market plus“. Um Zugang zum „direct market“ zu haben, muss ein Unternehmen eine Aktiengesellschaft (AG) sein und einen gewissen Streubesitz herstellen. Es muss jedenfalls gewährleistet sein, dass ein Aktien-Handel stattfinden kann.

Im Vergleich zum EU-regulierten Markt sind die Zugangsvoraussetzungen und Folgepflichten aber weit geringer, so gibt es keine Prospektpflicht, keine Mindestgröße und keine Mindest-Marktkapitalisierung.

# ERHALT DER SELBSTVERWALTUNG IN DER SOZIALVERSICHERUNG

Eine effiziente öffentliche Verwaltung ist eine wesentliche Quelle von Wohlstand und wirtschaftlichem Erfolg. Im Bereich der sozialen Sicherheit ist diese Verwaltung in Österreich maßgeblich durch die Selbstverwaltung gestaltet.

Die Grundidee der Selbstverwaltung geht davon aus, dass eine bestimmte öffentliche Aufgabe, wie zum Beispiel die Sozialversicherung, von den davon in erster Linie betroffenen Menschen selbstständig und eigenverantwortlich besorgt wird. Dem entgegen stand der Vorschlag der Bundesregierung, der Politik mehr Mitsprache- und Eingriffsrechte in den künftig nur mehr fünf

(statt bisher 21) Sozialversicherungsträgern eingeräumt hätte.

In erfolgreichen Verhandlungen wurde schließlich erreicht, dass nicht nur die Selbstverwaltung, die auch international als hervorragendes System gelobt wird, erhalten bleibt, auch ein weiterer Erfolg konnte erzielt werden: Das angedachte Rotationsprinzip an der Spitze der Sozialversicherungen, das bis zu sechs verschiedene Vorsitzende bedeutet hätte, kommt ebenfalls nicht, stattdessen erhalten die Sozialversicherungen eine Doppelführung.

Mittwoch | 18. April 2018  
KURIER

kurier.at

POLITIK  
5

## Regierungsvorhaben eines „Mischsystems“ gibt es nicht

VON DANIELA KITTNER

### Sozialversicherung.

Experten auf Einladung der Wiener Wirtschaftskammer sagen, wenn die Regierung weiterhin eine Selbstverwaltung wolle, dürfe sie dort nicht eingreifen.

Die Bundesregierung will im Mai ein Gesetz vorlegen, in dem sie die Sozialversicherungsträger fusioniert und in die Selbstverwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreift. Unter anderem will die Regierung, dass nicht mehr die Sozialversicherungen die Versicherungsbeiträge einheben, sondern die Finanzbehörden.

Wie der KURIER berichtet, formiert sich Widerstand gegen diese türkisblauen Pläne – unter anderem bei den schwarzen Sozialpartnern. Der Präsident der Wiener Wirtschaftskammer, Walter Ruck, veranstaltete am Dienstag einen Vortragsabend zum Thema Selbstverwaltung. Ruck stellt zum Auftakt der Veranstaltung die thematische Frage: „In welchem Staat will ich leben? Selbst verwaltet? Oder was wäre eigentlich das Gegenteil davon? Die Verstaatlichung. Das ist nicht meine Sicht auf die Welt.“

Damit brachte Ruck die Sache auf den Punkt. Denn Rainer Thomas, Direktor des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger, machte klar: Die Regierung muss sich entscheiden, entweder Selbstverwaltung oder Verstaatlichung des Gesundheitssystems.

Thomas: „Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist rechtlich nicht verpflichtend. Aber wenn sich der Staat für die Selbstverwaltung entscheidet, dann gelten bestimmte Regeln.“ Im Regierungsprogramm stehe die „partizipative Selbstverwaltung, ohne genauer zu sagen, was das ein soll“.

Laut Rainer dürfen Regierungsvertreter in den Organen der Selbstverwaltung nicht mehr tun, als sie jetzt als Aufsichtsorgane tun dürfen. Das heißt, der Plan der Regierung, die Sozialpartnergremien mit Regierungsver-

tretern zu ergänzen, geht rechtlich nicht. Auch die Beitragseinhebung gehöre zum Kerngeschäft. Thomas: „Wenn man der Sozialversicherung eine Aufgabe überträgt, muss man sie in den Stand setzen, diese Aufgabe auch zu erfüllen. Die Aufgabenbesorgung der Sozialversicherung wäre ohne Beitragseinhebung nicht möglich.“ Es gebe dazu zwar noch kein Höchstgerichtserkenntnis, aber die Literatur zur Selbstverwaltung lege nahe, dass eine Selbstverwaltung auch das Beitragswesen erfasst, alles andere würde gegen die Verfassung verstoßen.

### Bestes System

Der britisch-deutsche Ökonom und Sozialversicherungsexperte Günter Danner sagte in seinem Vortrag: „Die Selbstverwaltung ist untrennbar mit einem Sozialversicherungssystem verbunden, das der Gegenwart und der Zukunft gewachsen ist. Die österreichische

Der deutsche Ökonom Günter Danner mit dem Präsidenten der Wiener Wirtschaft Walter Ruck



Diskussion verwundert mich, denn das österreichische System ist eines der leistungsfähigsten in der EU, neben dem deutschen. „Nur wenige EU-Modelle kennen eine Selbstverwaltung, die Masse der Systeme sind Staatsmodelle. Die Mutter der Staatssysteme sei das britische Gesundheitssystem NHS. Es sei sprichwörtlich für lange Wartelisten gewor-

den, wenn dem Staat das Geld ausgehe, herrsche nur noch „Mangelsteuerung“. An die Stelle von Versorgungskontinuität treten wahlkampfgetriebene Finanzierungsschwankungen und riesige Defizite. Ähnliche Probleme treten nun in Frankreich auf, das seine Selbstverwaltung abschaffte und ein Staatssystem einführte.“

WWW.FOTO WERNER WIRTSCHAFT

# ANRAINERPARKZONEN FÜR WIRTSCHAFTSVERKEHR GEÖFFNET

Bereits im Mai 2017 unterzeichnete Wirtschaftskammer-Präsident Walter Ruck gemeinsam mit Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou nach umfangreichen Verhandlungen eine Vereinbarung über die Öffnung der Anrainerparkzonen während der Tagesstunden, in denen sie nur gering ausgelastet sind. Jetzt ist der erste Schritt gesetzt: Seit 1. Dezember 2018 kommen mehrere zehntausend Unternehmer näher zu ihren Kunden, weil sie die bisher reservierten Parkplätze nutzen können.

- Konkret sehen die neuen Regeln vor: In den Anrainerzonen dürfen seit Dezember 2018 Montag bis Freitag (werktags) zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr parken:
- Betriebsfahrzeuge mit Parkkleber für den Heimatbezirk
- Betriebsfahrzeuge mit Servicekarten (wenn die Servicekarte auch für den jeweiligen Bezirk gilt)
- Kleintransportfahrzeuge mit der Endung KT im Kennzeichen
- Fahrzeuge der Heimhilfen des Fonds Soziales Wien und anerkannter Unternehmen

Zeitlich unbegrenzt in den Anwohnerparkzonen dürfen wie bisher parken:

- Alle Fahrzeuge mit Parkkleber für den jeweiligen Bezirk (= Bewohner-, Bewohnerinnenfahrzeuge)

In den Bezirken 1 und 8 wurden die alten Schilder noch nicht ausgetauscht, hier bleibt es vorläufig bei der alten Beschilderung, diese verliert aber ihre Gültigkeit. Daher gelten bis zum Austausch der Schilder seit 1.12.2018 sämtliche Anrainerzonen in den beiden Bezirken nicht mehr und werden zu normalen Kurzparkzonen (gültig von Mo. bis Fr., werktags, von 9.00 bis 22.:00 Uhr).



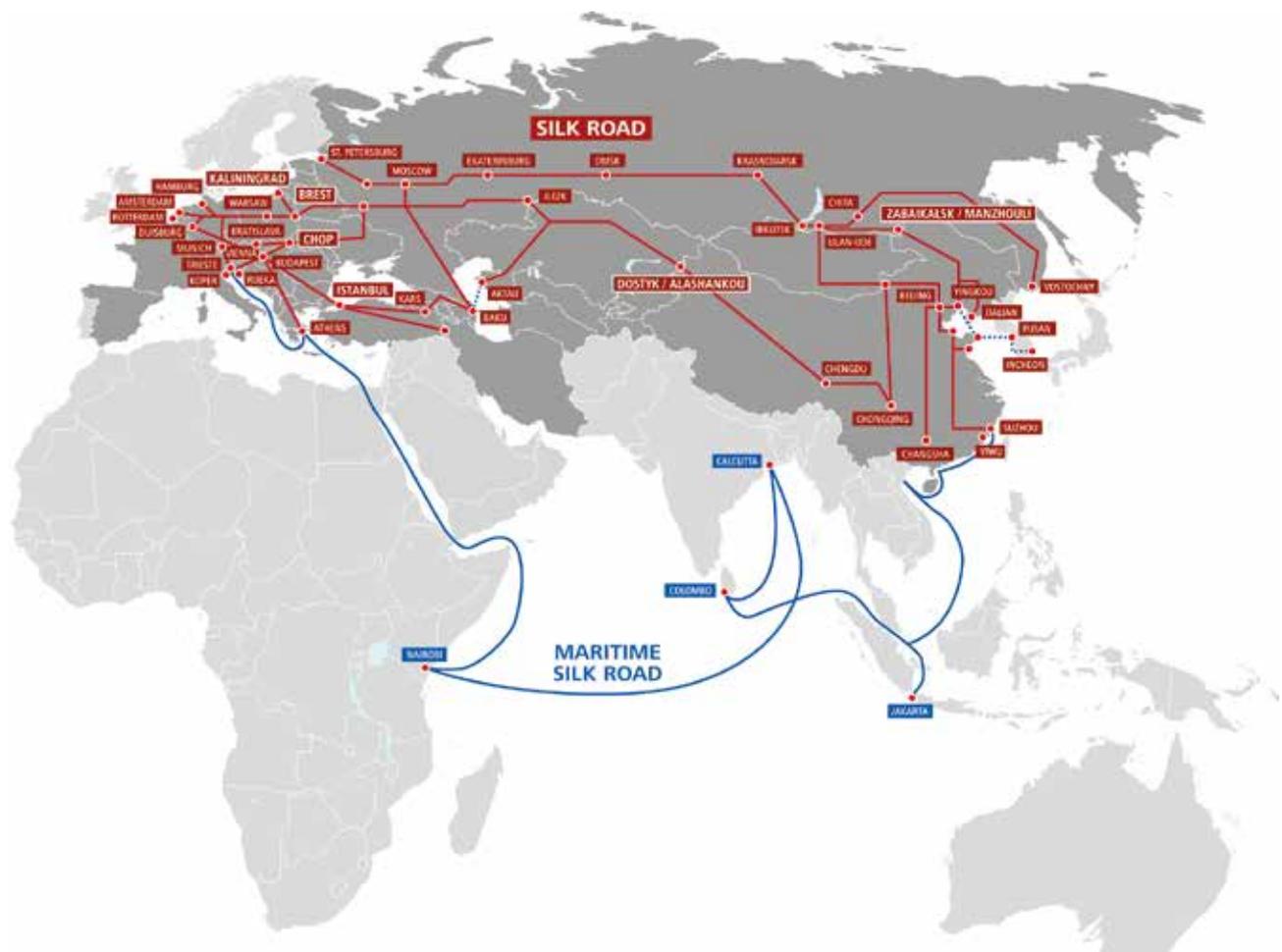
# SEIDENSTRASSE

Ohne Kasachstan wird das größte Infrastrukturprojekt der Menschheitsgeschichte, die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative) nicht gehen: Die zentralasiatische Republik, hat sich in den letzten Jahren zu einem Dreh- und Angelpunkt der Landverbindung zwischen Asien und Europa entwickelt: Mit Khorgos wurde nicht nur der weltgrößte Dryport für Züge aus und nach China in Betrieb genommen, auch an der kaspischen See wurden Fährhäfen für den Güterverkehr aus- und neugebaut.

Die Wirtschaftskammer Wien machte sich im Frühjahr 2018 im Rahmen einer Wirtschaftsmision vor Ort ein konkretes Bild über die umfangreichen Arbeiten in Kasachstan und klärte – gemeinsam mit den ÖBB – die Möglichkeiten über eine künftige Zusammenarbeit ab. Mit Erfolg: Noch im Rahmen der Reise konnte Kammerdirektor Stellvertreter Dr. Alexander Biach mit dem Vorsitzenden der Chamber of International Commerce of Kazakhstan ein Memorandum über die Zusammenarbeit unterzeichnen.

Das Abkommen sieht unter anderem vor:

- einen Informationsaustausch über geplante Vorhaben und Investitionsprojekte im Zusammenhang mit der Seidenstraße
- Unterstützung durch Beratung bei der Umsetzung von B&R-Projekten
- Beratung von Investoren, die sich in Österreich bzw. Kasachstan niederlassen wollen
- B&R-Projekt gemeinsam zu entwickeln
- Zusammenarbeit auf Drittmärkten bei B&R Projekten
- Teilnahme an Messen und B&R-relevanten Veranstaltungen
- Wirtschaftsforen und B2B-Meetings zum Aufbau von engen Kooperationen zwischen Wiener und Kasachischen Unternehmen.



## BREITSPURBAHN BIS WIEN

Die neue Seidenstraße wird das größte Infrastrukturprojekt der Menschheitsgeschichte und die Kontinente Europa, Asien und Afrika mit einem leistungsstarken, hochfrequenten Verkehrsnetzwerk verbinden. Entlang der neuen Routen werden Handelszentren mit enormer Wertschöpfung entstehen. Derzeit liegt Österreich noch nicht direkt an der Seidenstraße. Das kann nur gelingen, wenn die Breitspureisenbahn vom slowakischen Kosice bis nach Österreich in die twin-city-Region Wien-Bratislava verlängert wird. Dafür setzt sich die Wirtschaftskammer Wien ein. Gelingt die Verlängerung, entsteht hier einer der größten Logistikhubs Europas mit tausenden neuen Jobs. Profitieren würden sowohl die Slowakei, als auch die gesamte Ostregion Österreichs. Laut Experten wird in der twin-city-Region durch den Terminal eine zusätzliche Wertschöpfung von rund 450 Mio. Euro pro Jahr entstehen.

Die ÖBB haben ein offizielles ´strategisches Prüfverfahren´ zur Verlängerung der Breitspur initiiert. Bundesminister Norbert Hofer hat in diesem Zusammenhang angekündigt, dass das Vorhaben nicht nur aus infrastruktureller Perspektive, sondern auch in volkswirtschaftlichem, makroökonomischem, standort-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitischen Kontext betrachtet wird. Das ist ein wichtiger Schritt zum Gelingen des Projekts.



# FERNBUSTERMINAL FÜR WIEN



Busreisen werden immer beliebter, doch der Wiener Busterminal in Wien-Erdberg hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt.

Darum muss jetzt in die notwendige Infrastruktur investiert werden. Während in Deutschland bereits vor 15 Jahren begonnen worden ist in diesen wichtigen Markt zu investieren, wurde in der Stadt Wien der Trend verschlafen.

Die Wirtschaftskammer Wien präsentierte darum Vorschläge für mögliche Standorte.

Bei der Erarbeitung wurden Bedürfnisse von Fahrgästen, Anrainern, Unternehmern und Terminalbetreiber berücksichtigt, denn ein Busterminal soll gleichzeitig eine Aufwertung für die Stadt und eine Visitenkarte für Touristen sein.

Und die Stadt reagiert positiv: Verkehrstadträtin Maria Vassilakou fixiert die Einrichtung eines Fernbusterminals, die Bekanntgabe des Standortes steht bevor.

## EVENTHALLE FÜR WIEN



Wien braucht schon längst neue Sport- und Eventstätten von internationalem Format, will man in der Champions League der Event-Metropolen mitspielen, muss man nachrüsten. Deshalb fordert die Wirtschaftskammer Wien eine neue multifunktionelle Eventhalle für Sport- und Kulturveranstaltungen sowie den Neubau eines Nationalstadions. Idealerweise plant man gleich beides zusammen.

Die Wirtschaftskammer Wien hat diesbezüglich schon Gespräche mit interessierten Privatinvestoren geführt. Die Stadt war und ist immer noch ganz herzlich zu diesen Gesprächen eingeladen. Und diese Ambitionen zeigen Wirkung: Für den Neubau eines Nationalstadions gibt es bereits eine breite Allianz aus (Bundes-)Politik, Sportverbänden und Wirtschaft. Und die neue Stadtregierung hat sich nun auch zum Bau einer neuen Veranstaltungshalle bekannt.

So soll eine geplante neue Multifunktionshalle in Wien 18.000 bis 20.000 Besucher fassen und eine „sinnvolle Ergänzung zur Stadthalle“ darstellen, wie Bürgermeister Michael Ludwig erläuterte. Der genaue Standort steht noch nicht fest, nach geeigneten Plätzen wird aber bereits gesucht.

# ANTRAGSLOSE EST-VERANLAGUNG

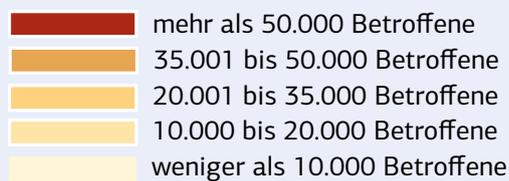
Seit dem Steuerreformgesetz 2015/2016 gibt es die antragslose Arbeitnehmerveranlagung für unselbständig Beschäftigte. Das Finanzamt führt seither eine automatische Arbeitnehmerveranlagung durch, wenn:

- keine Arbeitnehmerveranlagung durch den Steuerpflichtigen bis Mitte des Folgejahres eingereicht wird
- mit einer Steuergutschrift zu rechnen ist
- anzunehmen ist, dass keine Werbungskosten oder Sonderausgaben geltend gemacht werden

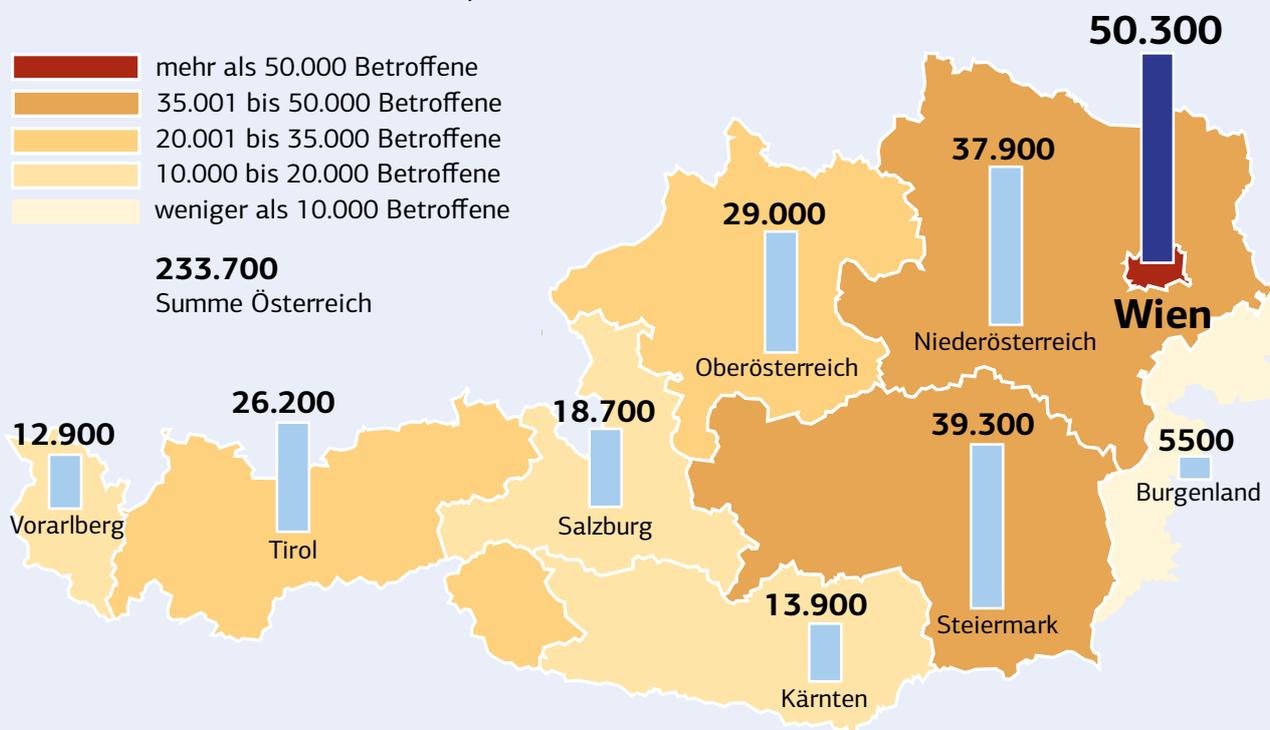
Geht es nach dem Modell der WK Wien soll eine antragslose Veranlagung in ähnlicher Form auf EPU bis zu einem Jahresumsatz von 30.000 Euro ausgeweitet werden. Die Unternehmer müssen beim Finanzamt nur noch ihren Jahresumsatz melden, der Einkommenssteuerbescheid wird dann automatisch vom Finanzamt erstellt. Aufwändige Buchführung und komplizierte, bürokratische durch verschiedene Formulare gestützte Steuererklärungen entfallen. Und die Argumentation der Wirtschaftskammer Wien wirkt: Finanzminister Hartwig Löger hat zugesagt, die antragslose Einkommenssteuererklärung zu prüfen.

## Wie viele von der antragslosen Veranlagung profitieren würden

Unternehmen bis maximal 30.000 Euro Jahresumsatz



**233.700**  
Summe Österreich



Quelle: Statistik Austria. Zahlen inklusive Freiberufler. Karte: Ayub Smokecolor/Shutterstock

# DIE DRITTE PISTE FÜR DEN FLUGHAFEN KOMMT

Das Jahr 2018 ist ein Rekordjahr für den Flughafen Wien-Schwechat, mit einer bis dato nie dagewesenen Zahl an abgefertigten Passagieren. Doch mit dem Zuwachs an Reisenden rückt der Airport seinen Kapazitätsgrenzen immer näher.

Um diese weiter hinauszuschieben und den Flughafen nachhaltig fit für weiteres Wachstum zu machen, bedarf es einer zusätzlichen Start- und Landebahn, der „dritten Piste“.

Nur mit dieser kann die künftige Anzahl an Flugbewegungen am Airport abgewickelt werden. Deshalb setzt sich die Wirtschaftskammer Wien seit Jahren für die Errichtung dieser zusätzlichen Bahn ein.

Dank der Genehmigung durch das Bundesverwaltungsgericht im Frühjahr 2018 kann die nächste Vorbereitungsphase für den Bau der dritten Bahn in Wien-Schwechat gestartet werden.



## LAGE DER GEPLANTEN 3. PISTE AM FLUGHAFEN WIEN

**Ausrichtung:** 11R/29L  
**Pistenlänge:** 3.680 Meter  
**Pistenbreite:** 60 Meter  
**Instrumentenlandesystem:**  
 ILS CAT III auf Schwelle 29L

**Lage:** 2.400 Meter südlich der Piste 11/29 und 2.600 Meter westlich der gedachten Verlängerung der Piste 16/34.

Die geplante Lage der 3. Piste ist ein Ergebnis des Mediationsverfahrens Flughafen Wien. Sie wurde dort nach eingehender Prüfung einvernehmlich als Lärm-schonendste Variante erkannt.

Open for new Horizons. VIÖ Vienna International Airport

# WIENER SOZIALPARTNER – VEREINBARUNG ZUR DIGITALISIERUNG



Die digitale Revolution passiert und sie wird unser Leben und unser Verständnis von Arbeit grundlegend verändern. Diese Entwicklung kann nicht aufgehalten oder blockiert werden. Sie kann aber positiv gestaltet werden und so in eine bessere Zukunft führen. Deshalb sind wir es Wirtschaft, Menschen und nachfolgenden Generationen schuldig, dass Sozialpartner und öffentliche Hand hier offen und ehrlich, ohne Klassenkampf und Scheuklappen zusammenarbeiten.

Seit Längerem drängt deshalb schon die Wirtschaftskammer Wien zu mehr Engagement und Tempo, wenn es um Maßnahmen zur Digitalisierung am Standort geht. Der aktuelle Wiener Sozialpartnertag ist ein starkes Signal aller Beteiligten, gemeinsam beim Thema Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelten an einem Strang zu ziehen.

## Das Wiener Agreement

- zum zügigen, flächendeckenden Breitbandausbau und des 5-G-Netzes,
- zur Digitalisierung behördlicher Verfahren,
- zur stärkeren Einbindung der KMU-Wirtschaft bei Digitalisierungs-Vergaben der öffentlichen Hand und
- zur deutlichen Aufstockung der Mittel für die Ausbildung neuer Digitalisierungs-Fachkräfte – quer durch alle Bildungssysteme

ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum digitalen Standort und ein Meilenstein sozialpartnerschaftlicher und kommunaler Zusammenarbeit in Wien.



# Für mich ist alles drinnen.

**Jetzt speziell für Sie: Unternehmen können die täglichen Herausforderungen selbst und effizient meistern können, unterstützt die Wirtschaftskammer Wien ihre Mitglieder mit zahlreichen Services:**

- **Konzepte, Beratung und Support** – Servicekennlinie von A bis Z
- **Informationsversorgung** – alles Wichtige im wöchentlichen Newsletter
- **Impulse und Inspiration** – Informationsveranstaltungen und Workshops
- **Branchenkennlinie** – Service mehrerer Fachorganisationen
- **Netzwerk vieler Profis** – Österreichs größte Unternehmens-Netzwerke

**Einfach informieren, Kontakt aufnehmen, vorbeikommen!**

**wko.at/service**  
01 4779 1000

**01 4779 14 00-1010**  
01 4779 14 00-1010

**Wirtschaftskammer Wien**  
Wirtschaftskammer Wien